Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 170. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Sonnabend, den 23. Juli 1927**

Abrechnung.

Ein grausiges Schauspiel. — Notenkrieg mit Belgien. Schlaflose Generale.

Noch ist es gar nicht lange her, daß im Reichstage von der notwendigen Angleichung unserer Rechtszustände an die entsprechenden Verhältnisse der Österreichischen Republik die Rede war. Es handelte sich um den Entwurf eines neuen deutschen Strafgesetzbuches und die Sozialdemokratie war es, die damals mit besonderem Nachdruck erklären ließ, sie werde alles daransetzen, um die angestrebte Rechtsgleichheit auch in dem Punkte zu erreichen, in dem der deutsche Entwurf an unseren überlieferten Rechtsanschauungen festhielt, während das geltende österreichische Strafrecht bereits einen Schritt nach vorwärts getan habe: in der Frage der Todesstrafe. In Österreich hat die siegreiche Revolution, noch ehe sie die Macht wieder an die bürgerlichen Parteien abgeben mußte, einfach die Abschaffung der Todesstrafe verfügt, während bei uns weder die Volksbeauftragten von einst noch die späteren Linksregierungen diesem Beispiel nachgeahmt haben.

Nun hat ein blutiger Vormittag in der Hauptstadt der ehemaligen Donaumonarchie mehr Todesopfer gefordert, als bei uns wohl in Jahrzehnten dem Richtschwert des Henkers überliefert werden. Und nicht die geordnete Justiz des Staates hat dabei mitgewirkt, daß dieses grausige Schauspiel der Welt geboten wurde. Es sind vielmehr am hellichten Tage Menschen erschlagen und erschossen, richterliche und polizeiliche Beamte niedergemacht worden und einen Augenblick schien es beinahe, als hätte das letzte Stündlein dieses Staatswesens nun wirklich geschlagen, das die Väter des Vertrages von Trianon so willkürlich und sinnlos, man kann sagen mit offenbarer Absicht, seine Lebensunfähigkeit unter allen Umständen sicherzustellen, zusammengeschustert haben. Wenn schon der Staat nicht soll Herr sein dürfen über Leben und Tod seiner Bürger, so sollten noch viel weniger seine Bürger, am allerwenigsten aber die Straße sich zum Herrn aufwerfen über Leben und Tod der Staatsdiener. Denn ehe der Staat einen Verbrecher aufs Schafott schickt, wird seine Schuld oder Unschuld auf das sorgfältigste geprüft, und erst wenn auch die höchste Gnadeninstanz der Volksgesamtheit ihr Siegel auf das Todesurteil drückt, darf der Scharfrichter seines traurigen Amtes walten. Wenn aber die Abrechnung über ein angebliches Fehlurteil, über einen angeblichen Akt der Klassenjustiz auf die Straße verpflanzt wird, dann kann niemand mehr die Verantwortung für das Unheil übernehmen, das notwendig entstehen muß und das in diesem Falle den ohnehin nur äußerst schwach gezimmerten Österreichischen Staat in seinen Grundfesten erzittern ließ.

Jetzt will es, sozusagen, niemand gewesen sein und jede Partei möchte der Gegenpartei die alleinige Verantwortung für das Geschehene aufbürden. An großen Worten wird es in der bevorstehenden Parlamentsdebatte gewiß nicht fehlen, ihr Ausgang aber steht wohl von vornherein unzweifelhaft fest; denn er entscheidet sich nicht je nach der Aufklärung, die sie bringen wird (oder vielmehr: die sie nicht bringen wird, da noch selten durch bloße Redeschlachten Klarheit über solche vom Massenwahn beherrschten Vorgänge erbracht worden ist), sondern nach den gegebenen politischen Machtverhältnissen, die in diesem Falle für die Justiz und gegen die Empörer einstehen werden, denen schon der Bundeskanzler Dr. Seipel so entschiedenen Widerstand geleistet hat.

*

In dem Augenblick, wo Österreich sich wieder einmal schwersten inneren Erschütterungen ausgesetzt sieht, wird die deutsche Regierung plötzlich gezwungen, in eine Art Notenkrieg mit der belgischen Regierung einzutreten, deren Kriegsminister es für richtig befunden hat, die Abrüstungsfrage von neuem auf die europäische Tagesordnung zu stellen.

Er kann zwar nicht leugnen, daß wir abgerüstet haben; stünde doch sonst das Zeugnis der Interalliierten Militärkontrollkommission sofort gegen ihn zur Verfügung. Aber er behauptet, wir seien bereits wieder mitten in einer neuen Aufrüstung begriffen, und läßt sich in dieser angeblichen Überzeugung auch durch die bestimmtesten, durch untrügliches Tatsachen- und Aktenmaterial gestützten Gegenerklärungen der deutschen Regierung nicht irremachen. Belgien zeigt sich, genau wie wir es von Herrn Poincaré seit Jahren gewöhnt sind, um die Sicherheit seines Gebietes auf das ernstlichste besorgt, und selbst wenn wir die kleine Reichswehr, die man uns gelassen hat, auch noch auf dem Altar der Völkerversöhnung opfern wollten, in Paris und in Brüssel würden die Generale doch keinen ruhigen Schlaf finden, aus Furcht vor den Millionenheeren, die über Nacht plötzlich einmal aus deutschen Wäldern über die Grenze vorbrechen könnten. Wir mögen lachen oder den Kopf schütteln über so ängstliche Gemüter, denen selbst ein Frieden von Versailles kein sanftes Ruhekissen zu bieten vermag; eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihnen wird niemals zum Ziel führen, da sie ja die wahren Absichten, aus denen heraus sie immer wieder mit neuen Verdächtigungen gegen uns vorgehen, nicht verraten dürfen.

Wie es aber bei diesem Zustand der Dinge zu der allgemeinen Abrüstung kommen soll, auf die wir nach den wiederholten Feststellungen unserer Regierungsvertreter in Genf nunmehr ein verbrieftes Anrecht haben, das wissen die Götter. Statt der allgemeinen Abrüstung scheinen unsere Gegner von 1914 eine dauernde Militärkontrolle in Deutschland einrichten zu wollen. Wenn das so weitergeht, wird auch hier einmal eine Abrechnung notwendig werden, bei der, aller Voraussicht nach, nicht Deutschland, sondern der Völkerbund der leidtragende Teil sein würde.

Dr. Sy.

Der Kampf um die Erhöhung des Portos

Minister Schätzel für erhöhtes Porto.

Sitzung des Verwaltungsrats der Reichspost.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat am Freitag zusammen, um endgültig Beschluß über die Gebührenvorlage zu fassen. Die Verhandlungen waren nicht öffentlich. Reichspostminister Dr. Schätzel hielt einleitend eine Ansprache, in der er nochmals die Gründe für die nach seiner Meinung notwendige Portoerhöhung darlegte. Bei der Reichspost sei, so meinte der Minister, ein ungedeckter Mehrbedarf von 427 Millionen festgestellt. Auf Anleihen können bei gesunder Geschäftsführung nur Anlagen genommen werden nicht aber Mehrausgaben laufender Natur, wie z. B. für Erhöhung der Beamtenbesoldung, der Wohnungsmiete und der Löhne, für die allein ein Betrag von 216 Millionen Mark erforderlich ist. Das wäre Bankerottwirtschaft, die nicht verantwortet werden könnte.

Der Minister kam dann auf die Geschäftsführung der Reichspost zu sprechen und betonte hierbei, daß seit 1926 trotz Steigerung des Verkehrs 5000 Kräfte eingespart worden seien. Dann fuhr Dr. Schätzel fort:

Ich kann bestimmt erklären, daß die Ausgaben der Deutschen Reichspost schon heute oft über die Grenze des Vertretbaren hinaus abgedrosselt sind, schon aus Mangel an den erforderlichen Mitteln. Wir haben alle Möglichkeiten erschöpft, bevor wir mit dem Vorschlage der Gebührenerhöhung hervorgetreten sind. Der ungedeckte Mehrbedarf der Deutschen Reichspost ist so groß, daß ohne Gebührenerhöhung die Mittel fehlen würden, um die bevorstehende Besoldungserhöhung auch auf die 350 000 Beamten, Angestellten und Arbeiter der Deutschen Reichspost zu erstrecken, daß ferner lebenswichtige Arbeiten eingestellt und etwa 12 000 Arbeiter entlassen werden müßten.

Die Ursache der finanziellen Schwierigkeiten

der Deutschen Reichspost ist nicht von heute. Sie liegt letzten Endes darin, daß seit der Stabilisierung der Währung die Einnahmen der Deutschen Reichspost aus den Gebühren nicht mit der zunehmenden Höhe der Ausgaben Schritt gehalten haben. Die Deutsche Reichspost mußte ihre gewaltigen Ausgaben zu 100 Prozent bezahlen und nahm hiergegen aus den Gebühren nur durchschnittlich etwa 60 Prozent ein.

Das ungeheure finanzielle Opfer, das die Deutsche Reichspost hiernach seit der Stabilisierung durch Beibehaltung des 10-Pf.-Briefportos der deutschen Währung und der deutschen Wirtschaft gebracht hat, ist ihr nicht gedankt worden. Es ist ein bitteres Unrecht, daß die deutsche Öffentlichkeit der Reichspost darüber Vorwürfe macht, daß sie nunmehr endlich ihre Tarife den Ausgabesätzen angleicht. Die Deutsche Reichspost geht doch hiermit nicht vor, sondern holt ausschließlich nach, was alle Kreise der gesamten deutschen Wirtschaft, groß und klein, meist in viel höherem Ausmaße längst vor ihr vollzogen haben. Wer in der deutschen Wirtschaft seine Preise selbst erhöht hat, dem fehlt das Recht, gegen die Gebührenerhöhung der Reichspost zu protestieren.

Den Ausführungen des Ministers folgte eine

lebhafte Aussprache,

in der von verschiedenen Seiten betont wurde, daß die Leistungen der Post erheblich heruntergegangen seien. Es wurden zahlreiche Stimmen gegen die Gebührenerhöhung laut, doch ist kaum daran zu zweifeln, daß sich der Verwaltungsrat schließlich den Wünschen des Postministers beugen wird. Ein Antrag der Kommunisten, der die Zurückziehung der Verlage verlangte, wurde abgelehnt. Ein lebhafter Streit geht auch noch um den Termin der Inkraftsetzung der Vorlage.

*

Fernbrief 15 Pfg., Ortsbrief 8 Pfg.?

Berlin, 22. Juli. Wie die Telegraphen-Union erfährt wurde in der heutigen Vollsitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost dem Antrage auf Festsetzung des Fernbriefsatzes auf 15 Pfennige stattgegeben. Der Satz für den Ortsbrief wurde entgegen dem Antrage des Arbeitsausschusses von 10 Pfg. auf 8 Pfg. ermäßigt. Die Postkarten-Ferntarif soll 8 Pfg., der Ortstarif für Postkarten 5 Pfg. betragen. Für Drucksachenkarten, denen auch Antwortkarten angehängt werden können, wurde ein billigerer Satz von 3 Pfg. festgelegt. Die Verhandlungen sind heute noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie werden morgen fortgesetzt. Es wird sich dann entscheiden, ob die jetzt aufgestellten Tarife auch in zweiter Lesung angenommen werden.

König Ferdinands letzte Fahrt.

Prinz Carol auf Pflichtteil gesetzt.

Die Leiche des verstorbenen Rumänenkönigs ist von Sinaia nach Bukarest übergeführt worden. Im Schloß zu Sinaia waren Tausende von Personen an der sterblichen Hülle des Königs, die in die Uniform eines Jägergenerals gekleidet war, vorübergezogen. Als der Sarg dann auf einer Geschützlafette zum Bahnhof gebracht wurde, bildete auf den Straßen eine endlose Menschenmenge, darunter Schulkinder und Abordnungen aus dem ganzen Lande, Spalier. Hinter dem Sarge schritten die königliche Familie und die Mitglieder der Regierung. Bis Bukarest waren alle Stationsgebäude mit schwarzen Tüchern behängt. Die Ankunft des Zuges in Bukarest-Cotroceni wurde der Bevölkerung durch 101 Kanonenschüsse verkündet. Auf dem Bahnsteig warteten die Mitglieder des Regentschaftsrates, die Mitglieder der Regierung, der Metropolit, die Vertreter aller Zivilbehörden und der Chef der Armee. Zwischen dem Bahnhof und dem Schlosse Cotroceni bildeten Truppenabteilungen Spalier. Der Sarg wurde von den Adjutanten des verstorbenen Königs getragen und in dem Goldenen Saal des Schlosses aufgebahrt.

König Ferdinand hat dem Ministerpräsidenten Bratianu ein Schreiben hinterlassen, in dem es heißt: „Gott hat gewollt, daß die Krone auf das Haupt meines Enkels, der noch ein Kind ist, übergeht. Ich bitte alle guten Bürger, die Ruhe und Wohlfahrt des Landes fördern zu helfen. Ich kann der Zukunft nicht ins Auge sehen, ohne mit väterlicher Liebe an meinen geliebten Sohn Carol zu denken. Ich zweifle nicht daran, daß er, wie jeder gute Rumäne, der sein Vaterland liebt, sich bemühen wird, während der Regierung seines Sohnes und seiner Nachfolger den Fortschritt Rumäniens zu erleichtern. Was mich betrifft, so habe ich mir nur deswegen, weil ich die Ruhe des Landes nicht stören wollte, die väterliche Genugtuung versagt, ihn wiederzusehen. In dem gleichen Gefühl bitte ich ihn, seiner Verpflichtung gemäß, nicht in das Land zurückzukehren, außer, wenn die Behörden es ihm gestatten sollten." Es wird jetzt auch bekannt, daß dem am 2. Juli 1925 niedergeschriebenen

Testament des Königs,

das in Sinaia eröffnet wurde und das die Verteilung von Legaten an die Mitglieder der königlichen Familie und an verschiedene Körperschaften bestimmt, ein vom 11. Januar 1926 datiertes Kodizill angehängt ist, in dem folgende Erklärung steht:

„Gott hat es gefallen, das Land, mich und die Königin durch einen großen Schmerz zu trüben, indem Prinz Carol auf die Thronfolge verzichtete. Ich werde nie den Schmerz überwinden, den ich in dem Augenblick empfand, in dem ich gezwungen wurde, diesen Entschluß zu billigen, der leider unvermeidlich war."

Aus dem Testament ist ersichtlich, daß Prinz Carol so gut wie enterbt wurde und daß er nur sein Pflichtteil erhält, das ihm in Gold und Effekten ausgezahlt werden soll; den Rest des Vermögens, das dem Prinzen zufallen sollte, erhält sein Sohn Michael, der neue König. Sehr bemerkenswert ist eine Meldung des Pariser „Matin", nach der „König Carol" den Wunsch ausgedrückt haben soll, zu den Begräbnisfeierlichkeiten nach Bukarest zu kommen; er habe jedoch keine Antwort erhalten. Die Wendung „König Carol" läßt darauf schließen, daß der in Paris lebende Prinz sich für den rechtmäßigen König von Rumänien hält und daß der bisherige ruhige Verlauf des rumänischen Thronwechsels vielleicht doch noch in unerwarteter Weise gestört werden könnte.

Das Erbe der Königin Alexandra.

Ein Streit zwischen europäischen Königshöfen.

Erst jetzt ist die Verteilung der Hinterlassenschaft der englischen Königin Alexandra, der Gemahlin des bekannten Königs Eduard VII. vorgenommen worden. Die Königin Alexandra war eine Tochter des dänischen Königs Christian IX. den man mit Recht den Schwiegervater von Europa nannte. Eduards Witwe hinterläßt nicht weniger als 80 Millionen Kronen, das sind etwa 90 Millionen Mark. Sie hat in ihrem Testament dem norwegischen Kronprinzen Olaf den größten Teil ihres gesamten Vermögens zugesprochen, die englische Königsfamilie hat aber dagegen Einspruch erhoben. Über die meisten Besitztümer, Kunst-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF